

## Binnenwirtschaft

\*(32)

### Konsolidierungsprogramm für die Wirtschaft beschlossen

Wie aus einem am 30.9.1988 in Beijing herausgegebenen Kommuniqué hervorgeht, beschloß das Zentralkomitee der KPCh nach einer fünftägigen Plenarsitzung ein zunächst auf zwei Jahre befristetes wirtschaftliches Konsolidierungsprogramm. Der Hauptakzent dieses Programms liegt auf der Bekämpfung des außer Kontrolle geratenen Preisauftriebs. Es seien "entschiedene und kraftvolle Maßnahmen" notwendig, um das überhitzte Wachstum auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren und die Wirtschaftsordnung zu stabilisieren.

Die Neuordnung der Prioritäten zu Gunsten einer umfassenden Sanierung bedeutet eine zumindest zeitweilige Aussetzung wichtiger Reformvorhaben. Betroffen davon sind vor allem die in der chinesischen Führung selbst seit längerem umstrittenen Pläne zur weiteren Freigabe der Preise. Zu dem vom Politbüro Mitte August 1988 verabschiedeten Konzept, zu Gunsten der beschleunigten Herausbildung eines marktorientierten Wirtschaftssystems die Preise für die meisten Güter bis 1993 freizugeben, heißt es in dem Kommuniqué reserviert, der Staatsrat werde sich bemühen, dieses Programm zusammen mit der parallelen Lohnreform "in den nächsten fünf oder mehr Jahren" zu verwirklichen.

Der Rechenschaftsbericht, den Parteichef Zhao Ziyang - der sich noch im August für eine zügige Freigabe der Preise eingesetzt hatte - zu Beginn des ZK-Plenums vorgetragen hatte, wurde indessen ebensowenig veröffentlicht wie der Bericht des stellvertretenden Ministerpräsidenten Yao Yilin zur Preis- und Lohnreform.

Die Maßnahmen zur Bewältigung der bisher kritischsten Wirtschaftslage in China seit Beginn der Reformpolitik vor zehn Jahren waren am 30.9. auch das dominierende Thema in der Rede, die Ministerpräsident Li Peng anlässlich des 39. Gründungsjubiläums der Volksrepublik bei einem Empfang in der Großen Halle des Volkes hielt. Als wichtigste Voraussetzung für die wirt-

schaftliche Gesundung gelte es, die Inflationsrate im nächsten Jahr deutlich unterhalb des Rekordniveaus von 1988 zu halten, das Konsumfieber zu dämpfen und eine weitere unkontrollierte Ausdehnung der Geldmenge zu verhindern.

Ähnlich wie in der Rede des Regierungschefs wird auch im Kommuniqué der ZK-Sitzung betont, daß die Konsolidierungsphase keine Abkehr von den Reformzielen bedeute. Ziel der geplanten Stabilisierungsmaßnahmen sei es vielmehr, die notwendigen Voraussetzungen für die Rationalisierung des Preissystems zu schaffen, ohne die angestrebte neue Wirtschaftssystem nicht zu verwirklichen sei. Wegen der Gefahr, durch die Freigabe weiterer Preise neue Inflationsschübe auszulösen, soll nach dem Beschluß des ZK die Reformpolitik im nächsten Jahr auf die Reorganisation der Staatsbetriebe ausgerichtet sein mit dem Ziel, durch weitere Entscheidungsbefugnisse Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Das ungebremsste Wachstum der Industriegüterproduktion - trotz allen Dämpfungsabsichten im ersten Halbjahr betrug die Wachstumsrate 17% im Vergleich zur Vorjahresperiode - hat den Verteilungskampf um knappe Rohstoffe und Energie verschärft und bereits in einzelnen Bereichen zu Schließungen geführt, z.B. in einigen aluminiumverarbeitenden und Stahlbetrieben.

Wegen der ungezügelter Ausdehnung der Geldmenge und des Kreditvolumens sprach ein Vizegouverneur der Volksbank kürzlich von einer "chaotischen Situation".

Entgegen der noch im Frühjahr erklärten Absicht, die Inflationsrate nach offiziell 7,5% im vergangenen Jahr für 1988 unter 10% zu halten, erreichte der Preisanstieg nach den offiziellen Zahlen im ersten Halbjahr durchschnittlich 13% und im Juli 1988, verglichen mit dem Vorjahresmonat, bereits 24%. Die tatsächlichen Inflationswerte werden weit über den offiziellen Zahlen liegen. Ausländische Experten schätzen die tatsächlichen Inflationsraten auf zwischen 30% und 40%, für einzelne Güter sogar 100% und darüber.

Offene Unruhen wurden bislang nicht bekannt, aber die Anzeichen zunehmenden sozialen Drucks und politischer Verwirrung im Gefolge der Teu-

erungswelle sind unverkennbar. In der Stadt Shenyang trugen Arbeiter nach Darstellung chinesischer Augenzeugen bei einem Protestzug durch die Stadt demonstrativ Mao-Plaketten. Ein ähnlicher Vorfall wird aus der zentralchinesischen Stadt Luoyang berichtet. Dort huldigten mehrere tausend Rentner, die von der annähernden Verdoppelung der Lebenshaltungskosten mit am härtesten betroffen sind, vor der Mao-Gedenksäule dem alten Vorsitzenden, zu dessen Zeiten die Lebensverhältnisse zwar ärmlich, aber die Preise bis zur Kulturrevolution wenigstens stabil gewesen seien. Ein chinesischer Gewerkschaftsfunktionär machte kürzlich bekannt, daß es nach seinen Kenntnissen seit Jahresbeginn 1988 landesweit mindestens 50 spontane Streikaktionen in staatlichen Industriebetrieben gegeben habe.

Die Panikkäufe, die in den sonst eher flauen Geschäftsmonaten Juli und August den Handel überraschten, und der gleichzeitig einsetzende Ansturm auf die privaten Sparkonten waren nur das jüngste und bisher krasseste Symptom für die tiefsitzende Furcht vor der Inflation und den Verlust an Vertrauen in die Fähigkeit der Regierung, die Geldentwertung in Schranken zu halten.

Auslöser für den Run in den Städten auf Konsumgüter aller Art, von Schuhen und Möbeln bis zu elektrischen Geräten, war die Ende Juli 1988 in Kraft getretene Freigabe der Preise für Tabakwaren und Spirituosen. Die Industrie- und Handelsbank zahlte nach eigenen Angaben auf dem Höhepunkt in den letzten zehn Augusttagen 2,6 Mrd. Yuan an Spargeldern aus und sagte für dieses Jahr zum erstenmal einen spürbaren, wenn auch nicht dramatischen Knick in der Wachstumsrate der Spareinlagen (in den vergangenen Jahren durchschnittlich um 30%) voraus. (NZZ, 16.9. und 2./3.10.88)

Der Staatsrat formulierte kürzlich zwanzig Maßnahmen, die das wirtschaftliche Umfeld glätten, die Preissteigerungsrate senken und günstige Bedingungen für die Preisreform schaffen sollen.

Die zwanzig Maßnahmen sind die folgenden: Den Umfang der Investitionsinvestitionen um insgesamt 500 Mio. Yuan in den Jahren 1988 und 1989 zu reduzieren; die Gruppenkäufe um 20% zu reduzieren; das Wachstum der Konsumtionsfonds unter Kontrolle zu hal-

ten; den Finanzmarkt zu stabilisieren; Sparmaßnahmen einzuführen, die den Wert der Währung bewahren helfen; die Verwaltungsgesellschaften zu konsolidieren; eine besondere Verwaltung über Kapitalgüter im Bereich der Landwirtschaft, wie z.B. bei Kunstdünger, Plastikfolien und Pestiziden, auszuüben; die Verwaltung des Getreidemarktes zu stärken; Horten und Spekulationen zu verhindern; die Verwaltung hinsichtlich des Walzstahls und des Marktes für NE-Metalle zu verstärken; die Exporte von besonders knappen Waren zu reduzieren; die Importe von Zigaretten und Alkoholika einzuschränken; das Tempo der Wohnungsbaureform zu beschleunigen; den Unternehmen zu erlauben, Anteilscheine an ihre Arbeiter auszugeben; das Verantwortungsgefühl der Arbeiter hinsichtlich ihrer Fabriken zu verstärken; das System einzuführen, wonach ein Transfer von Landnutzungsrechten gestattet ist; das System einzuführen, wonach Menschen zu Dienstleistungszwecken eingestellt werden können, und wonach die beste Kombination der Arbeit in den Unternehmen möglich ist; eine jährliche finanzielle Inspektion durchzuführen; rigoros die Besteuerungsverwaltung durchzusetzen und Verstöße hinsichtlich von Steuerzahlungen zu kontrollieren; die einheitliche Verwaltung hinsichtlich der Auslandsschulden zu stärken sowie die Kompetenzübertragung an das staatliche Verwaltungsamt für Devisen; und schließlich die Durchführung einer Bewegung zur Erhöhung der Produktion und zur Praktizierung von Sparsamkeit. (TKB, 20.9.88, zit. nach SWB, 22.9.88) -lou-

\*(33)

#### Wirtschaftswachstum versus Umweltschutz

China könne hohes Wachstum mit gleichzeitiger Kontrolle der Umweltverschmutzung erreichen, so sagte Qi Gebinping, der Direktor des staatlichen Amtes für Umweltschutz. Er machte diese Bemerkung anlässlich eines Symposiums während der 10. Weltkonferenz des Bundes für Weltzukunftsstudien.

Gegen Ende dieses Jahrhunderts, so Qi, könne China im wesentlichen die Umweltverschmutzung kontrollieren, die Umweltbedingungen der wichtigsten Städte verbessern, die Geschwindigkeit des ökologischen Verfalls ver-

ringern und die Basis für ein gutes ökologisches System legen, z.B. eine saubere und ruhige Umwelt sowohl in den Städten als auch auf dem Lande.

Zwischen 1980 und 1985 wuchs Chinas Energieverbrauch schnell, während der industrielle Output sich um 65% erhöhte. Dennoch wurde der Ausstoß der "drei Abfälle" Gas, Wasser und Rückstände pro 10.000 Yuan industriellen Bruttoproduktionswertes beträchtlich reduziert: Die Abwässer wurden um 35%, Schwefeldioxid um 37%, Ruß um 47% sowie sonstige Rückstände um 36% reduziert. Die Indizes für die Luftverschmutzung bewegten sich nach unten außer dem Index für die Schmutzpartikel. Hinsichtlich der Wasserqualität gab es wenig Änderungen, und der Lärm in den wichtigsten Städten wurde verringert.

In den letzten beiden Jahren wurden neue Einrichtungen für die Behandlung von Abfällen im ganzen Lande installiert, die Investitionen der Regierung stiegen an. Neue Unternehmen haben die Behandlung der Umweltverschmutzung in ihre Überlegungen einbezogen.

Trotz all dieser Anstrengungen hat China nach Qi noch einen langen Weg zu gehen, um das Ziel eines schnellen industriellen Wachstums mit gleichzeitiger verbesserter Umwelt zu erreichen.

Am 7. September 1988 beschloß das Umweltschutzkomitee des Staatsrates, die umfassenden Verbesserungen hinsichtlich der Umwelt in den Städten zu überprüfen und der Verschmutzung durch Rauch in 32 wichtigen Städten entgegenzutreten.

Nach kürzlich bekanntgewordenen Statistiken werden pro Jahr ca. 13 Mrd.t von Abwässern in die Flüsse und Seen abgelassen, jedoch nur 10% davon werden behandelt. Pro Jahr werden mehr als 800 Mio.t Kohle im ganzen Lande verbrannt. (XNA, 7.9.88; Xinhua, 7.9.88, zit. nach SWB, 16.9.88; XNA, 13.9.88, zit. nach SWB, 16.9.88) -lou-

\*(34)

#### Konsumenten-Genossenschaft gegründet, um Preiserhöhungen zu begegnen

Die Einwohner eines Bezirks in Beijing haben eine Konsumenten-Genossenschaft gegründet, um den hohen Lebensmittelpreisen in der Stadt zu

begegnen. Die Tiantan-Kooperative ist die erste Konsumenten-Genossenschaft in China in mehr als 30 Jahren. Sie versorgt ihre Mitglieder mit Gemüse, dessen Preis 30% unter jenen Preisen liegt, die private Händler verlangen. Wie der Manager der Konsumenten-Genossenschaft mitteilte, habe man in der Vorstadt eine Gemüsebasis gegründet. Die dort gezogenen Gemüsearten seien besser, weil sie mit natürlichem Dünger gezogen würden und nicht mit Kunstdünger.

Der Stadtbezirk hat 80.000 Einwohner. Nahezu 10.000 sind der Genossenschaft beigetreten, sie zahlen 5 Yuan als Mitgliedsbeitrag bzw. für ihren Anteil. Die Genossenschaft hat die Beiträge der Mitglieder sowie weitere 300.000 Yuan, die von der Beijinger Allgemeinen Versorgungs- und Marketing-Kooperative geliehen wurden, eingesetzt, um einen Umlauffonds zu schaffen. Der Gesamtumsatz habe 68.000 Yuan erreicht, seit die Genossenschaft im April 1988 gegründet worden war.

Wie aus Kreisen der Genossenschaftsleitung verlautete, seien solche Genossenschaften eine gute Sache, da sie die Zahl der Verteilungskanäle reduzierten und die Inflation kontrollieren könnten. Zunächst einmal lieferte die Genossenschaft nur Soja, Sesamöl, Sojabohnenmilch, Toilettenpapier und Streichhölzer. Nun liefert sie hauptsächlich Gurken und Eierfrüchte, die in der Gemüsebasis produziert werden.

Die Genossenschaft hat vier Großhandelsabteilungen errichtet sowie 40 Einwohnerkomitees, die ein Verteilungsnetzwerk gebildet haben. Die Einzelhandelspreise sind etwas höher als die Großhandelspreise, die Differenz erklärt sich aus den Gehältern für die Angestellten. Die Genossenschaft hat 18 Angestellte, die meisten davon haben noch andere Beschäftigungen oder sind pensioniert. (XNA, 12.9.88) -lou-

\*(35)

#### Standortstudie über die Provinz Shandong

Das bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr hat eine Studie, betitelt "Shandong. Standort für betriebliche Kooperationen", herausgegeben. Die Autoren B. Kumar, H. Steinmann und J. Hettler legten eine Untersuchung über die Bedingungen und Probleme einer Kooperation zwi-

schen bayerischen und chinesischen Betrieben vor. Der Auftrag an die Autoren lautete, die Risiken und Chancen der Marktbearbeitung in der Provinz Shandong aufzuzeigen. Die Untersuchung sollte dabei speziell auf die (bayerische) mittelständige Wirtschaft abgestellt werden. Unter industriellen und gewerblichen Klein- und Mittelbetrieben wurden solche Betriebe verstanden, die selbständig sind, einen Jahresumsatz von unter 25 Mio. DM haben und weniger als 500 Mitarbeiter beschäftigen.

Das Gutachten beruht auf empirischen Erhebungen, die von den Verfassern zwischen Mitte 1986 und Mitte 1987 in Bayern und Shandong durchgeführt wurden. Es wurden befragt: 72 bayerische Klein- und Mittelbetriebe mit bestehenden Geschäftsverbindungen zur Volksrepublik China und 61 bayerische Firmen, die derzeit zwar keine Beziehungen unterhalten, aber in den meisten Fällen diese planen oder zumindest wünschen.

Von den 72 Betrieben waren 17 in Shandong tätig. Nach Beijing war diese Provinz der beliebteste Standort. In den meisten Fällen (80%) handelt es sich um junge Geschäftsverbindungen, die erst seit 1980 bestehen.

Von den 72 Betrieben gaben 31 (43%) an, wenig, und 16 (22%) überhaupt nicht mit ihrem Geschäft in China zufrieden zu sein. Firmen mit einem relativ höheren Umsatz im China-Geschäft waren im allgemeinen zufriedener als Firmen mit einem geringen China-Geschäft.

Die meisten Betriebe (83%) unterhielten Handelsbeziehungen, 72% davon waren im direkten Liefergeschäft tätig. 30 Betriebe hatten Kooperationsverträge, wobei Lizenz- und Know-how-Geschäfte überwiegen. Nur neun Firmen hatten in China Investitionen getätigt, allerdings gab es weder Joint Ventures noch 100%ige Niederlassungen. In allen Fällen war die Lohnfertigung mit Anlageninvestitionen die Regel.

Von den 72 befragten bayerischen Betrieben gaben 48 (67%) an, bisher große Schwierigkeiten beim Markteintritt in China gehabt zu haben. Dabei sei der chinesische Bürokratismus das schwerwiegendste Hemmnis gewesen. Auch die große Entfernung vom Heimatland und die hohen Kosten einer eigenen Vertretung in China wurden von den meisten Firmen als Eintritts-

barriere genannt. Dagegen wurden die Aussichten im chinesischen Binnenmarkt hinsichtlich des Wachstums als positiv beurteilt. Überhaupt wurde die Marktattraktivität in China insgesamt als hoch bis sehr hoch eingeschätzt. Dabei sind nach Meinung der Befragten das gute Image und die Qualität deutscher Produkte die größten Wettbewerbsvorteile bei einem Markteintritt.

Die bisherigen Erfahrungen bayerischer Klein- und Mittelbetriebe in Shandong (und China im allgemeinen) sind ambivalent. Einerseits werden Kooperationen, die über die traditionellen Handelsbeziehungen hinausgehen, zumindest vorläufig, als schwierig angesehen. Im allgemeinen wird berichtet, daß selbst die Herstellung von Kontakten mit chinesischen Partnern ein mühsamer Prozeß sein kann. Das größte Hindernis ist jedoch die chinesische Bürokratie. Darüber hinaus wird die Realisierung von Kooperationen durch die Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Devisen zur Vergütung der ausländischen Partner ernsthaft gefährdet.

Andererseits aber wird die Attraktivität des chinesischen Binnenmarktes sehr hoch eingeschätzt. Dort langfristig Fuß zu fassen lohnt sich nach Meinung der Befragten. Insofern kommt es darauf an, die bestehenden Markteintrittsbarrieren durch richtige Informationen und ein geeignetes Vorgehen geschickt zu überwinden.

Die Studie stellt die Provinz Shandong mit den wichtigsten Standortfaktoren für eine Kooperation vor. In einem weiteren Teil wird gezeigt, welche Interessen die bayerischen Firmen einerseits und die chinesische Seite andererseits verfolgen und welche Konsequenzen sich daraus für eine Kooperation ergeben. Des weiteren werden die Fragen der Anbahnung von Kooperationen in Shandong behandelt. Ein eigener Teil befaßt sich mit der praktischen Abwicklung von Kooperationen.

Im letzten Teil werden zwei Fallstudien vorgestellt, die einen Einblick über die Problemen vor Ort geben.

Die erste Fallstudie handelt über die Anbahnung eines China-Geschäftes. Der mittelständische Hersteller von elektronischen Meßinstrumenten, Omega (der Name wurde geändert) mit Standort in einer Kleinstadt in Oberfranken, hat 200 Angestellte und macht 73% seines Umsatzes im Aus-

land. Er verfügte bereits über eine 20-jährige Erfahrung im Handel mit sozialistischen Ländern, als 1974 erste Kontakte nach China aufgenommen wurden. Die besondere Taktik der Firma war es, sich nicht an den üblichen "Instanzenweg" zu halten und sich über die Außenhandelsgesellschaften an die Endabnehmer zu wenden, sondern diese möglichst direkt anzusprechen.

Es wurde also das Fernmeldeministerium, das als Kunde infrage kam, angeschrieben. Dies zeigte auch prompt Interesse. Omega fiel aber auch dann mit der Tür nicht gleich in Haus, sondern schickte den Chinesen eher allgemeines Informationsmaterial, um einen generellen Überblick über den Stand der Meßtechnik auf dem betreffenden Sektor zu geben. Hierauf erfolgte eine Einladung an Omega nach Beijing.

Aus Kostengründen nahm der Firmeninhaber an einer Pauschalreise teil und ließ dabei die Stadtbesichtigung in Beijing aus, um Zeit für Besuche bei den chinesischen Stellen zu gewinnen. Nachdem ein Warenmuster als Geschenk überreicht worden war und mehrere gegenseitige Essenseinladungen ergangen waren, konnte sich die Firma Omega bei dem Kunden als offiziell eingeführt betrachten. Bei dieser Gelegenheit wurde von einer bevorstehenden deutschen Messe in Beijing gesprochen und gleichzeitig Interesse an einer Omega-Großmeßanlage signalisiert.

Omega nahm an dieser Messe 1975 teil und stellte dabei auch die erwähnte Großmeßanlage aus, die vorher in Deutschland noch in möglichst hohem Maße, besonders äußerlich, an chinesische Vorstellungen angepaßt worden war. Als Messevertreter wurden der Verkaufschef und ein besonders versierter Techniker entsandt. Sie trafen bereits eine Woche vor Messebeginn in Beijing ein und hatten so die Gelegenheit, einige chinesische Stellen persönlich einzuladen. Dieser Einladung wurde vielfach Folge geleistet, wobei die Chinesen einen ganz erstaunlichen Wissensstand aufwiesen, aber nicht über die erforderlichen Devisen zu verfügen schienen. Hilfe nahte in Gestalt eines derzeit in China auf Staatsbesuch verweilenden hohen deutschen Politikers, der noch auf der Suche nach einem passenden Gastgeschenk war. Er entschied sich für ein Exemplar der besagten Großmeßanlage. Damit war das Omega-Produkt auf dem chinesischen Markt untergebracht.

Der nächste Schritt war die sofortige Einladung einer offiziellen chinesischen Delegation ins oberfränkische Stammhaus. Den Chinesen, die in sehr hochrangiger Besetzung aus Ministerialbeamten und Wissenschaftlern im darauffolgenden Jahr (1976) erschienen waren, wurde ein gut organisiertes dreiwöchiges Besuchsprogramm geboten. Es wurde in Zusammenhang mit dem Zentralverband der deutschen Elektronikindustrie arrangiert, war betont neutral gehalten und enthielt vor allem touristische und weiterbildende Informationen. Es wurde eine "Riesenschau abgezogen", von der die Chinesen offensichtlich begeistert schienen; von den Omega-Produkten war dabei nur beiläufig die Rede.

Kurze Zeit später erfolgte die offizielle Gegeneinladung der Chinesen, worauf Omega den technischen Direktor, den Verkaufsleiter und auch einen versierten Fachmann entsandte. Den Männern wurde ein großartiger Empfang zuteil. Nach mehrtägigen Gesprächen folgte eine mehrwöchige große China-Besichtigungstour, auf der die in Bayern erfahrene Gastfreundschaft mehr als erwidert wurde.

In den darauf folgenden Jahren wurden die Kontakte vermehrt und weitere Geräte nach China geliefert. Eine intensive Kooperation kam jedoch nicht zustande.

Im Jahre 1984 erfolgte die vom bayerischen Zentralverband der deutschen Elektronikindustrie unterstützte Teilnahme an der Telekommunikationsmesse China-COM 84. Wegen der langjährigen guten und bisweilen sogar freundschaftlichen Beziehungen zu chinesischen Behörden und wegen des hohen technischen Standards der Produkte war der Stand von Omega ständig dicht umlagert. Unmengen von Prospekten wurden verteilt, viele Kooperationsgespräche geführt, und am 4. Messtags erschien sogar eine ganze Gruppe, die aus einer fernen Provinz angereist war, um einen Omega-Vertreter für Kooperationsverhandlungen dorthin einzuladen. Erst nachdem ein Besuch in der Provinz im nächsten Jahr versprochen und ein "letter of intent" über ein Kooperationsvorhaben unterzeichnet worden war, reisten die Chinesen wieder ab. Nach Messeschluß fanden die Exponate reißenden Absatz. Weiterführende Kooperationsverhandlungen wurden mit drei Betrieben aufgenommen.

Im Februar 1985 reiste der Omega-Vertreter abermals nach China und besuchte bei dieser Gelegenheit auch die in einer zentralchinesischen Provinz ansässigen Kooperationsinteressenten, mit denen bereits ein "letter of intent" unterzeichnet worden war. Nach einigen Gesprächen und einer Besichtigung stellte sich heraus, daß eine in Form eines Joint Ventures gewünschte Zusammenarbeit für Omega nicht in Frage kam. Der chinesische Betrieb war infrastrukturell schlecht versorgt, technisch äußerst rückständig und hatte eine viel zu hohe Belegschaft von 3.000 Mann. Nach Ansicht von Omega wären 300 ausreichend gewesen. Das mit Hilfe der chinesischen Unternehmensberatung CIEC formulierte Kooperationsabkommen wurde nicht unterzeichnet. Auch die anderen seinerzeit und im Laufe der folgenden zwei Jahre von verschiedenen chinesischen Parteien vorgetragenen Kooperationswünsche scheiterten an ähnlichen Problemen.

Gegenwärtig steht man mit einem Betrieb in Beijing in enger Verbindung. Beide Partner sind sich seit längerem einig, der Kooperationsvertrag steht, aber die Chinesen bekommen keine Devisen und führen deshalb ihrerseits Verhandlungen mit den zuständigen Stellen. Ein Omega-Manager meint: "Wir können jetzt nichts mehr tun, die Chinesen müssen das unter sich ausmachen. Unser bester Fürsprecher ist unser chinesischer Partner. Wenn er sich durchsetzt, sagt er uns Bescheid und wir unterschreiben."

Trotz der vielen Schwierigkeiten ist man weiterhin zuversichtlich und überzeugt davon, daß sich die intensiven langjährigen Bemühungen langfristig auszahlen, da man viele chinesische Freunde gewonnen habe und die Omega-Produkte in Fachkreisen einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht hätten. In diesem Zusammenhang paßt gut die abschließende Aussage des Omega-Chefs: "Das China-Geschäft ist wie ein Sparbuch, auf das man ab und zu überschüssiges Geld einzahlt."

In einem zweiten Fall ging es um Probleme einer Kooperation vor Ort. Die Firma Rauchwaren-Schmidt ist ein mittelständischer Hersteller von Pelzkonfektion. Er macht mit 120 Mitarbeitern einen Umsatz von 40 Mio. DM im Jahr und beliefert vor allem Großabnehmer. Das Unternehmen unterhält Geschäftsbeziehungen zu vielen Ländern und seit 25 Jahren auch zur Volksrepublik China.

Ursprünglich bezog man Pelze über Londoner Broker-Firmen. Nachdem man herausgefunden hatte, daß das Herkunftsland China war, beschloß man, den Direktkontakt herzustellen. Über die chinesische Botschaft in Bern, die damals auch für die Bundesrepublik Deutschland zuständig war, besorgte man sich eine Einladung zur Kanton-Messe. Dort fand man schnell einen Geschäftspartner, mit dem fortan jährlich zweimal, auf der Frühjahr- und auf der Herbstmesse, Kaufverträge abgeschlossen wurden. Obwohl Liefertermine oft nicht eingehalten wurden und deshalb größere Lager gehalten werden mußten, war das Geschäft wegen der völlig willkürlich, unabhängig vom Weltmarkt, festgesetzten niedrigen Preise rentabel. Zu Vertragsstornierungen seitens der Chinesen ist es nie gekommen. Allerdings waren auch eigene Stornierungen nicht möglich, da man ansonsten nie mehr beliefert worden wäre. Qualitätskontrolle und Sortierung wurden sehr genau durchgeführt, Mängel waren selten. Da das chinesische Know-how noch nicht sehr weit entwickelt war, mußten die Pelze in Deutschland erst noch weiterbehandelt werden, bevor man sie zur Herstellung von Konfektionswaren verwenden konnte.

Zur besseren Pflege der chinesischen Geschäftsverbindungen richtete Schmidt 1975 ein Büro in Hongkong ein, das noch heute ausschließlich mit Hongkong-Chinesen besetzt ist. Das China-Geschäft verlangt von ihnen große Anstrengungen, vor allem schwierige Verhandlungen und lange Reisewege. Da die Qualitätskontrolle von dem zuständigen chinesischen "Commodity Inspection Bureau" wegen mangelnder Fachkenntnis und guter Beziehungen zu den kontrollierten Betrieben oft nur sehr oberflächlich vorgenommen wird, besteht eine der Hauptaufgaben des Hongkong-Büros in der Qualitätskontrolle, die direkt in den Herstellerbetrieben vorgenommen wird. Spätere Reklamationen in Deutschland können nur unter erheblichen Schwierigkeiten angebracht werden und sind meist mit finanziellen Einbußen verbunden.

Wegen günstiger Verarbeitungskosten in China beschloß die Firma Schmidt 1976 durch Vermittlung der zuständigen Außenhandelsgesellschaft, mit mehreren chinesischen Betrieben eine Koproduktion einzugehen. Es wurden Verträge abgeschlossen, die einen

Know-how-Transfer, die Lieferung von Maschinen und die Exklusivabnahme von fertigen Pelzmänteln vorsahen (Lohnfertigung mit Investitionen). Techniker und Fachleute der Firma Schmidt aus dem Stammhaus und aus der Vertretung in Hongkong hielten sich mehrere Monate in der Volksrepublik auf. Der technische Standard der installierten Maschinen war nicht der modernste, sondern den bestehenden Verhältnissen angepaßt. Kaum hatte sich aber die Produktion eingestellt, da erhöhten die Chinesen die Lieferpreise entgegen der vertraglichen Abmachung. Trotz dieses offensichtlichen Vertrauensbruchs verzichtete man darauf, das Schiedsgericht anzurufen. Denn, so Schmidt, "nach einem Schiedsurteil kommen Sie auf die schwarze Liste und können das Geschäft mit der ganzen Branche einstellen".

Wegen dieser negativen Erfahrungen ist man mit weitergehendem Know-how-Transfer und Kooperationen sehr vorsichtig geworden. Auch der häufig von chinesischen Betrieben vorgetragene Wunsch, ein Gemeinschaftsunternehmen zu gründen, wird deshalb grundsätzlich abgelehnt. Überdies fürchtet man, höhere Kosten für Rohstoffe, Löhne, Strom, Wasser und Steuern als die chinesischen Staatsunternehmen zahlen zu müssen.

In den letzten zehn Jahren seien die Chinesen wesentlich geschäftstüchtiger geworden. Im Zusammenhang mit der höheren Unabhängigkeit der Betriebe, die jetzt auch nicht mehr so starr wie früher an bestimmte Außenhandels-gesellschaften gebunden sind und mit diesen bisweilen sogar in einem gewissen Spannungsverhältnis stehen, hätten Qualitätsprobleme zugenommen und die Kontrakttreue abgenommen. Selbst alte Kunden würden nicht mehr zuverlässig beliefert: "Wenn der nächste, der kommt, einen Dollar mehr bezahlt, dann wird einem alten treuen Kunden alles wegstorniert", klagte der Firmenchef und nennt ein aktuelles Beispiel: Im letzten Oktober wurde auf Ansinen einer chinesischen Außenhandels-gesellschaft ein zwölfmonatiger Kontrakt abgeschlossen, um dieser eine bessere Produktionsplanung zu ermöglichen. Im November begann sich eine Hausse für diesen Artikel abzuzeichnen, woraufhin prompt ein chinesisches Telex eintraf, in dem Liefer-schwierigkeiten angekündigt wurden und um eine Reduktion der Liefer-

menge ersucht wurde. Mitte Dezember mußte erneut verhandelt werden, die Liefermenge wurde bei gleichem Preis um die Hälfte reduziert. Im Januar wurde dieser reduzierte Kontrakt nochmals bestätigt, Mitte Februar aber folgte ein Telex, nach welchem "beide Seiten" wegen gestiegener Materialkosten eine "Preiserhöhung von 60% erwägen sollten", was im Klartext bedeutet, daß nicht geliefert wird, wenn nicht 60% mehr bezahlt werde.

Aus zahlreichen Gesprächen mit Vertretern verschiedenster Branchen ist man bei Schmidt zu dem Eindruck gelangt, daß die Vertragstreue der Chinesen und die Qualität der gelieferten Produkte stark mit der Konjunktur des jeweiligen Artikels verknüpft sind. Je geringer die Nachfrage, desto größer die Liefersicherheit, desto besser die Qualität.

Durch folgende Maßnahmen konnten die anstehenden Probleme bisher zufriedenstellend gelöst werden: Zum einen wird eine systematische Pflege der bestehenden, oft langjährigen Beziehungen betrieben. Zum zweiten steht man in engem und regelmäßigem Kontakt mit den Herstellerbetrieben, zahlreiche Mitarbeiter des Büros in Hongkong sind ständig, der Inhaber Schmidt selbst ist mindestens einmal im Monat in China. Zum dritten werden Lieferverträge meist mit einer kurzen Laufzeit abgeschlossen, um den Einfluß von Marktveränderungen zu minimieren. Zum vierten wird schließlich Risikostreuung betrieben, Aufträge werden an mehrere Betriebe gleichzeitig vergeben, Ausfallquoten werden eingeplant.

So lohnt sich die Auftragsfertigung in China für Rauchwaren-Schmidt trotz allem aus drei Gründen:

- niedrige Lohnkosten, obwohl die chinesische Produktivität nur auf ein Drittel der deutschen eingeschätzt wird,
- niedrige Finanzierungskosten, da die Pelzfertigung in Deutschland mit hohen Lagerkosten verbunden ist und die Nachfrage sich auf wenige Monate des Jahres konzentriert,
- niedrige Rohstoffpreise.

An einen Rückzug aus China wird deshalb nicht gedacht. -lou-

\*(36)

#### Indexierung der Depositenzinsen

Nach den Angaben eines Sprechers der Volksbank wird für die Zinsen für Depositen eine Indexierung vorgenommen. Diese Indexierung, die sich auf Einlagen mit Laufzeiten von drei, fünf und acht Jahren bezieht, trat am

10. September 1988 in Kraft.

Der Sprecher der Volksbank erklärte, daß eine auf drei Jahre angelegte Einlage von 100 Yuan nach Ablauf der Einlagezeit 129,16 Yuan wert sei, basierend auf der gegenwärtigen Zinsrate von 9,72%. Falls es jedoch Preissteigerungen um 52,4% in drei Jahren geben sollte, würde die Einlage einen Wert von 152,4 Yuan haben, die extra gezahlten 23,24 Yuan werden als eine Art von Subvention betrachtet. Keine Subvention wird gezahlt, falls eine Einlage vor dem Fälligkeitstag abgehoben wird.

Die Subventionen für Depositen, die zwischen dem 10. September und dem 31. Dezember 1988 fällig werden, werden entsprechend der Preissteigerungsrate im 2. Quartal des Jahres 1988 festgesetzt. Einlagen von Institutionen und Unternehmen erhalten keine Subventionen. Kollektive, die versuchen, ihre Einlagen auf Private zu übertragen, werden bestraft. (XNA, 3.9.88, zit. nach SWB, 7.9.88) -lou-

\*(37)

#### Verkauf von Anteilsscheinen in Zhongnanhai dementiert

Die *Volkszeitung* berichtete am 11. September 1988, daß auf dem Gelände des Staatsrates in Zhongnanhai am 8. September 1988 Anteilsscheine verkauft worden seien. Viele Menschen versammelten sich laut dem Bericht der Zeitung dort um 15.00 Uhr. Die Verkäufer der Anteile waren Qi Wenzeng, Direktor der Beijinger Filiale der Gold Cup Automobile Incorporated Company aus Shenyang und sein Partner. Es seien so viele Käufer dort gewesen, daß die beiden kaum mit ihnen fertig geworden seien. "Ich werde einen Anteilsschein im Wert von 500 Yuan nehmen." "Ich möchte einen Anteilsschein im Werte von 300 Yuan." "Geben Sie mir einen Anteilsschein im Werte von 200 Yuan," so hatte es heißen. Der Höhepunkt sei um 16.00 Uhr erreicht worden. Chai Fei von der China International Trust and Investment Corporation erschien mit einem Bündel von Banknoten ... Gegen 17.00 Uhr hätte der Umfang der Transaktionen auf dem Gebiet des Staatsrates ca. 30.000 Yuan betragen. 25 Angestellte des Staatsrates, so hieß es in der *Volkszeitung* weiter, seien zum ersten Male in ihrem Leben Eigentümer von Anteilsscheinen geworden.

Xinhua News Agency berichtete aus Shenyang, daß die Gold Cup Automobile Co. 50.000 Arbeiter und Angestellte habe, die in der Lage seien, jährlich einen Output von mehr als 1 Mrd. Yuan zu erzeugen. Nach Aussagen von Qi hätte sein Unternehmen seit dem 15. Juli 1985 Anteilsscheine im Werte von 65,6 Mio. Yuan ausgegeben. Von diesen seien Anteilsscheine im Werte von 20 Mio. Yuan von Privatpersonen gekauft worden. Weiter hieß es in der Meldung von XNA, daß dieses Unternehmen das erste Unternehmen in der Volksrepublik sei, das Standardanteilscheine nach international akzeptierten Praktiken ausgegeben hätte.

Am 15. September 1988 erschien in der *Volkszeitung* eine "wichtige Korrektur". Der Bericht vom 11. September sei ein gänzlich falscher Bericht gewesen. Untersuchungen zeigten, daß es keinem Unternehmen gestattet worden sei, auf dem Gelände des Staatsrates in Zhongnanhai Anteilsscheine zu verkaufen, kein Angestellter des Staatsrates hätte Anteilsscheine gekauft. Die Herausgeberabteilung der *Volkszeitung* entschuldigte sich für diese Falschmeldung bei ihren Lesern. (XNA, 12.9.88; RMRB, 11. und 15.9.88) -lou-

#### \* (38) Offshore-Öl

Am 1. September 1988 sollte die dritte Ausschreibungsrunde für Konzessionsgebiete im Offshore-Bereich der Volksrepublik beginnen. Wie ein Hongkonger Vertreter der China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) erklärte, ist die jetzt eingetretene Verzögerung damit zu erklären, daß die Bedingungen des Modellvertrages gegenwärtig überarbeitet würden. Dieser Modellvertrag ist der Ausgangspunkt für die Verhandlungen mit individuellen Ölfördergesellschaften.

Kürzlich hatten chinesische Funktionäre versprochen, die Vertragsbedingungen für die jetzige Ausschreibungsrunde zu verbessern. Die Lizenzgebühren sollten gesenkt, die Bohrverpflichtungen reduziert sowie die Anforderungen an die Ölgesellschaften gelockert werden, chinesisches Personal auszubilden.

Der Zeitpunkt für die Ausschreibungsrunde ist nicht der beste. Die sinkenden Ölpreise haben die Hoffnungen auf schnelle Vertragsabschlüsse sinken lassen. Die Produktionskosten variieren sogar in unterschiedlichen Ölfeldern des gleichen Gebietes. Ölexperten schätzen, daß die Produktion im Bereich des Perlfuß-Deltas gewinn-

bringend ist, wenn die Ölpreise über 20 US\$ pro Barrel bleiben. Der Preis für Rohöl beträgt gegenwärtig ca. 14 US\$ pro Barrel; in den Kreisen der Produzenten gibt es Befürchtungen, daß der Preis noch weiter nachgeben könne.

Die Bohrergebnisse von vielen Jahren sind enttäuschend; dies zwingt die Volksrepublik, Konzessionen hinsichtlich der abzuschließenden Verträge zu machen.

Im Jahre 1983 begann die Volksrepublik damit, das Südchinesische Meer für Explorations-Bohrungen zu öffnen. Damals fand die erste Runde der Ausschreibungen von Bohrrechten für internationale Gesellschaften statt. Als die Ölpreise sanken, gab es für die Volksrepublik einen Rückschlag in der 2. Ausschreibungsrunde, die im Jahre 1985 eröffnet wurde. Bisher haben ausländische Investoren insgesamt mehr als 2 Mrd. US\$ für Explorationsarbeiten investiert. 90% dieser Investitionen waren in der 1. Ausschreibungsrunde vertraglich vereinbart worden.

In einer privaten Informationsveranstaltung für Öl-Manager, die im Juli 1988 stattfand, teilten Vertreter von CNOOC mit, daß in der 3. Runde nur Gebiete im Bereich des Perlfuß-Deltas angeboten würden. Aus diesem Bereich des Südchinesischen Meeres wurden bedeutendere Funde gemeldet. Gebiete im Gelben Meer im Nordosten, im Golf von Beibu sowie in der Yingge-See nahe der Insel Hainan werden nicht mehr angeboten.

Einige Ölgesellschaften werden aus diesem Geschäft aussteigen, und zwar unabhängig davon, welche Bedingungen CNOOC anbieten wird. Idemitsu Oil Development Company, die an der ersten Ausschreibungsrunde teilnahm und kein Öl fand, teilte bereits mit, sie würde beim nächsten Mal nicht mitbieten.

Eine kommerziell lohnende Produktion findet nur in zwei Ölfeldern statt: eines befindet sich im Südchinesischen Meer und wird von einer chinesisch-französischen Gruppe betrieben, ein weiteres befindet sich im Gelben Meer und wird von einem chinesisch-japanischen Konsortium betrieben. Beide Felder werden gleichwohl als marginal beschrieben. Die gesamte Ölproduktion der Volksrepublik im Offshore-Bereich betrug im Jahre 1987 nur 710.000 t. Dieser Beitrag zur gesamten Rohölförderung ist enttäuschend gering. Das Land hatte einmal gehofft, mittels der Ölfunde im Offshore-Bereich die Modernisierung des Landes vorantreiben zu können.

Die Lizenzgebühren werden als wichtiges Entscheidungskriterium gewertet. In der ersten Ausschreibungsrunde forderten die Chinesen von den Betreibern, daß sie 12,5% der Produktionsergebnisse an die Volksrepublik abführten. In der zweiten Ausschreibungsrunde wurde diese modifiziert; Ölgesellschaften, die kleine bzw. mittelgroße Ölfelder bearbeiteten - mit einer Jahresproduktion von weniger als 1 Mio. t - wurden von den Lizenzgebühren befreit. Auch die Bohrverpflichtungen sollen reduziert werden. Mit wenigen Ausnahmen waren die Ölgesellschaften in den vorhergehenden Ausschreibungsrunden verpflichtet gewesen, auch dann zu bohren, wenn seismische Studien zeigten, daß das Gebiet wenig erfolgversprechend war. Nach Aussagen der CNOOC bleibt es nun den ausländischen Vertragsnehmern überlassen, einseitig zu entscheiden, Bohrungen aufzugeben, falls seismische Studien dies nahelegen.

Eine Lockerung wird auch hinsichtlich der Ausbildung chinesischer Arbeiter und Angestellter vorgenommen. Die ausländischen Vertragsnehmer sollen erst dann für die Kosten der Ausbildung der chinesischen Bohrfachleute aufkommen müssen, wenn sie sich entschließen, ein Ölfeld kommerziell zu nutzen. (AWSJ, 26.9.88) -lou-

#### \* (39) Eisenbahnbau zwischen Sowjetisch-Zentralasien und Chinesisch-Xinjiang

Am 21. September 1988 wurden die ersten Schienen für die 224 km lange Eisenbahnlinie vom Usu-Kreis in Richtung Alataw-Paß an der sino-sowjetischen Grenze in Nordxinjiang gelegt. Die Eisenbahnstrecke wird gemeinsam von der A.R. Xinjiang und der Zentralregierung finanziert und soll 1991 in Betrieb gehen. Der jetzige Teilabschnitt ist die zweite Phase des Baus der insgesamt 460 km langen Nordxinjiang-Eisenbahnlinie, dem westlichsten Teil der von Lianyungang über Lanzhou nach Urumqi führenden Gesamtstrecke.

Die Gesamtinvestition für die Nordxinjiang-Eisenbahn beträgt 450 Mio. Yuan (121,6 Mio. US\$). Sie ist die vierte Linie, die China mit der Sowjetunion verbindet und die zweite Linie, die nach Westasien und Europa führt. Die erste Phase des Baus wurde bereits im Juni 1987 abgeschlossen (XNA, 22.9.88).

Anfang September fanden außerdem Verhandlungen zwischen Eisenbahn-delegationen aus der Sowjetunion, der

Mongolischen Volksrepublik und der VR China statt - es waren die ersten Gespräche, die seit 22 Jahren wieder aufgenommen wurden. Unterzeichnet wurde ein neues Protokoll über Eisenbahntransporte und über eine weitere Zusammenarbeit im Eisenbahnreich.

Vor allem mit der Mongolei hat China in letzter Zeit seine Beziehungen verbessern können. Mitte September besuchte eine Delegation des großen Volkschurals der MVR die VR China, die vor allem für ein besseres Klima in den beiderseitigen Nachbarschaftsbeziehungen werben sollte. -we-

## Taiwan

\* (40)

### Beziehungen zum chinesischen Festland weiter gelockert

Im Laufe des Berichtsmonats hat Taiwan seine Beziehungen zum chinesischen Festland weiter gelockert. Zum erstenmal ist eine Delegation von drei Wissenschaftlern aus Taiwan zur Teilnahme an der 22. Plenartagung des Internationalen Rates Wissenschaftlicher Verbände (ICSU) vom 11.-16. September nach Beijing gereist. Die drei Delegierten gehören zu dem direkt unter dem Präsidialamt stehenden höchsten Forschungsorgan "Academica Sinica" in Taiwan; sie wurden von einigen Journalisten begleitet (FCJ, 12. und 15.9.88; LHB, 11.-15.9.88; DGB, 12.-16.9.88; XNA, 10.9.88). Außerdem beteiligte sich eine 21köpfige Delegation eines taiwanesischen Flugsportvereins namens "Fliegender Adler" an einem internationalen Modellflugzeug-Turnier am 16. und 17. September in Tianjin. Nach einer Meldung von *Xinhua* (15.9.88) ist es auch das erste Mal seit 38 Jahren, daß ein Sportlerteam aus Taiwan das chinesische Festland besuchte.

Seit dem 2. November 1987 ist es den Einwohnern Taiwans erlaubt, zum Besuch naher Verwandter (zuerst bis zum 3. Verwandtschaftsgrad, ab 16. August d.J. auf den 4. Grad ausgedehnt) über ein Drittland nach dem chinesischen Festland zu reisen. Bis Anfang September haben laut offiziellen Angaben 158.000 Personen über das Rote Kreuz davon Gebrauch gemacht. Meistens geht die Reise über Hongkong und von dort über die Grenze zum chinesischen Festland. Am 12. September sind 67 Bürger Taiwans per Schiff von Taiwan

über Naha (Okinawa) in Shanghai angekommen. Diese neue Reiseroute auf dem Seeweg wird von einer privaten Reederei Taiwans angeboten. Auch das Außenhandelsamt und die halbamtliche Organisation "Verein für die Entwicklung von Außenhandel" überlegen, Okinawa als neue Zwischenstation für den "indirekten Handel" zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße zu benutzen (FCJ, 15.9.88).

Zeitungsmeldungen zufolge hat das Exekutiv Yuan (Kabinett) am 17. September einen Vorschlag des Innenministeriums gebilligt, Einwohnern des chinesischen Festlands den Besuch nächster Verwandten wie Eltern, Kinder und Ehepartner bei schwerer Krankheit sowie zur Beteiligung an Trauerfeiern von Verwandten als solchen die Einreise mit einem zweiwöchentlichen Aufenthalt zu erlauben. Der Beschluß soll im Oktober in Kraft treten (LHB, 23.9.88; FCJ, 26.9.88; vgl. auch C.a. August 1988, S.625, Ü 35).

Eine noch deutlichere Wende zur Entspannung der chinesisch-chinesischen Beziehungen zeigte sich in der Rechtsprechung. Am 6. September erklärte das Justiz Yuan in Taiwan in einer Anordnung, daß Direkthandel mit Firmen des chinesischen Festlands kein Delikt im Sinne einer Unterstützung der Rebellen darstelle, sofern es sich dabei nicht um Kriegsmaterial handelt (LHB, 7.9.88; FCJ, 15.9.88), obwohl die Regierung Direkthandel mit dem chinesischen Festland nach wie vor verbietet.

Seitens des chinesischen Festlands wurde am 22. September eine Gesellschaft für die friedliche Vereinigung Chinas in Beijing gegründet (XNA, 22.9.88; DGB, 24.9.88). Am 11. September hob das Kommando der chinesischen VBA in der Taiwan gegenüberliegenden Provinz Fujian eine Verordnung von 1962 über die Prämierung für militärische Überläufer aus Taiwan mit Flugzeug oder Schiff auf (XNA, 11.9.88). Vier Tage danach erklärte das Verteidigungsministerium in Taiwan auch, die Goldentlohnung für Deserteure der chinesischen VBA mit Flugzeug um durchschnittlich 64,6% zu reduzieren. Nur für modernste Typen wie Xian-8 und Hong-6 sind die Prämien unverändert bei 8.000 Tael Gold. Unverändert bleiben auch die Goldprämien für Kriegsschiffe (ZYRB, 15.9.88).

Trotz aller fortgeschrittenen Entspannung lehnt die Guomindang (GMD)-Regierung nach wie vor einen direkten Kontakt mit den chinesischen Kommunisten streng ab. Ein bekannter

GMD-Abgeordneter im Gesetzgebungs Yuan (Staatsparlament) und Herausgeber einer rechtsliberalen Zeitschrift in Taiwan, Hu Qiuyuan, wurde am 21. September aus der Partei ausgeschlossen, weil er Mitte September bei seinem Aufenthalt in Beijing mit mehreren führenden Persönlichkeiten der KPCh Gespräche über eine friedliche Verhandlung zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland geführt hatte (ZYRB und LHB, 22.9.88). -ni-

\* (41)

### Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland

Einer Studie der Industrie- und Handelskammer (IHK) in Düsseldorf zufolge gibt es z.Z. 49 Niederlassungen taiwanesischer Firmen in der Bundesrepublik Deutschland, davon arbeiten 25 im Bezirk der IHK Düsseldorf, 12 in Hamburg und 9 in Frankfurt und München. 20 Unternehmen befassen sich mit dem Vertrieb von elektronischen und elektrotechnischen Produkten. Sie haben bereits heute einen Exportanteil von 30%. Als weitere Schwerpunkte taiwanesischer Wirtschaftstätigkeit bezeichnet die IHK-Studie die Branchen Oberbekleidung mit 10 Firmen, Verkehr mit 4 Firmen und Konsumgüterhandel mit 9 Firmen.

Das gesamte Nennkapital der 49 Firmen beläuft sich nach Berechnungen der Handelskammer auf nur 8,9 Mio. DM. Die Investitionen seien recht niedrig, da der überwiegende Teil der vertriebsorientierten Firmen sehr jung sei und vor allem über Darlehen und Lieferantenkredite finanziert werde. Einige Firmen erwägen, in der Bundesrepublik Produktionsstätten einzurichten. So plane z.B. eine der führenden Computerfirmen von Taiwan, Acer, bis zum Jahr 1990 ein Werk für rd. 500 Beschäftigte aufzubauen.

Ferner berichtet die IHK, daß die taiwanesischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, der Far East Trade Service, in Taiwan um Aussteller und Mieter für das neue Taiwan-Handelszentrum werbe, das in Düsseldorf entstehen werde. Über 200 Firmen auf der Insel hätten bereits Interesse für das Projekt am Bertha-von-Suttner-Platz in Düsseldorf angemeldet (HB, 27.9.88).

Neben Düsseldorf wird das taiwanesisches Außenhandelsförderungsorgan "China External Trade Development Council" im November ein Handelszentrum in Hamburg eröffnen. Eine Delegation der "Hamburg Develop-